

PRESSEDIENST

Nr. 2013/05

Datum: 12.6.2013

Fraktion Freigericht Achim Kreis

Bonifatiusstr. 21
63579 Freigericht

Bonifatiusstr. 21
63579 Freigericht
Telefon: 06055-880280
Telefax: 06055-909101
kreis@gruene-freigericht.de
www.gruene-freigericht.de

Grüne

Waldnaturschutz: in Freigericht nur Feigenblatt

Freigericht. "Der Beschluss der Freigerichter Gemeindevertretung, künftig 1% der Waldflächen als Schutzgebiete von einer Nutzung auszunehmen, hat für die Grünen nur Feigenblatt-Charakter und zeigt, wie auch die Ausweisung von "Kernflächen" im Hessischen Staatswald, dass ein langfristiger Waldnaturschutz hier nicht gewollt ist. UWG, SPD, BfF und LFB haben durchgesetzt, dass Waldschutz in Freigericht praktisch keine Rolle spielt und jederzeit wieder rückgängig gemacht werden kann. Mit Nachhaltigkeit hat das nichts zu tun" erklärt Fraktionssprecher Achim Kreis.

Was die CDU hier in Freigericht fordert, nämlich die Ausweisung von Prozessschutzflächen im Gemeindegewald, ist ihr dagegen auf Landesebene offenbar nicht so wichtig: Hessen will gerade einmal 6% des Staatswaldes von einer Nutzung ausnehmen, wovon aber 75% bereits heute ungenutzt sind. "Der Naturschutz wird in Hessen jederzeit wirtschaftlichen Aktivitäten untergeordnet, das hat schwarz-gelb zur Genüge gezeigt. Verschiedene Naturschutzverbände haben das gerade wieder kritisiert. Es wird Zeit für den Wechsel", meint der Grüne Direktkandidat Wolfgang Seifried aus Schöneck.

Udo Weiß, Direktkandidat der Grünen für den Bundestag, erläutert die Hintergründe:

2007 verabschiedete die Bundesregierung die Nationale Strategie zum Schutz der Biologischen Vielfalt. Diese beinhaltet das Ziel, 5% des gesamten Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Um private Waldeigentümer zu schonen, soll bis 2020 auf 10% der öffentlichen Waldfläche eine natürliche Waldentwicklung zugelassen werden. Der Beschluss



wurde am 06.10.2010 noch einmal von allen Bundestagsfraktionen und am 18.05.2013 von der Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt:

http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Service/Mediathek/Videos/videos_videos_node.html?id=711962 Die geforderten 5 Prozent der gesamten hessischen Waldfläche entsprechen 44.750 Hektar. Die geforderten 10 Prozent des öffentlichen Waldes entsprechen in Hessen 33.000 Hektar.

Das Land Hessen wie auch die Kommunen, besonders wenn sie wie Freigericht große Waldflächen besitzen, seien nun gefordert, den Plan der Bundesregierung, der für die Grünen gerade das Minimum an Waldnaturschutz darstellt, auch umzusetzen, erklären die Kandidaten in ihrer gemeinsamen Mitteilung.